Informationsdienst für Vertrauensleute
und andere interessierte Mitglieder
Nr. 8/2010 vom 2. Dezember 2010

Informationsdienst für GEW-Vertrauensleute

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

schneller als von einigen erwartet ist die schwarz-grüne Koalition zu Ende gegangen. Das ist gut so, nicht zuletzt deshalb, weil die vielen Wechsel von Senatoren und Bürgermeistern auf Seiten der CDU die Qualität der Regierungsarbeit, die uns Gewerkschaften ohnehin nicht zu Begeisterungsstürmen hingerissen hat, noch verschlechtert haben. Es war nur eine Frage der Zeit, wann diese Regierung endgültig scheitern würde.
Leider haben diejenigen jetzt weiterhin das Sagen, die hauptverantwortlich dafür sind, dass die soziale Schieflage in dieser Stadt weiter eskaliert. So ist es zumindest noch bis zur Neuwahl am 20. 2. 2011.

Die GEW wird in den kommenden Wochen des Wahlkampfs deutlich machen, dass keine Partei unsere Unterstützung erhält, die unsere Einkommen kürzt (Weihnachtsgeld!), für Gebühren (erhöhungen) an Kitas, Schulen und Hochschulen eintritt und ein bildungspolitisches Roll-back anstrebt, wie das erste Äußerungen seitens der CDU andeuten.
Eine neue Regierung bietet die Chance, halbherzige Kompromisse zu vermeiden, wie sie zum Beispiel beim Konzept der sonderpädagogischen Förderung, bei der Hortreform oder in der Frage der Studiengebühren zwischen CDU und GAL offensichtlich nötig waren. Bei aller Kritik an der schwarz-grünen Koalition muss man es der grünen Leitung der Schulbehörde - allen voran Senatorin Goetsch und Staatsrat Vieluf - zugute halten, dass sie unter hohem persönlichem Einsatz und mit großer Fachkompetenz eine sozial gerechte und bildungsstarke Schule für die Kinder und Jugendlichen in Hamburg verankern wollten. Egal, wer ihren Posten nun einnimmt: Gute Schule in Hamburg gibt es nur mit ausreichenden Ressourcen für Schule und diejenigen, die in ihr arbeiten.
Viele notwendige Entscheidungen werden in den nächsten Monaten verschoben werden. Das ist eine große Belastung für die Arbeit an den Schulen, für die SchülerInnen, Eltern und das Personal. Die Zukunft der Schulentwicklungsplanung, des Übergangs Schule-Beruf, notwendige Personalentscheidungen und vieles mehr sind völlig offen. Die Rumpf-Regierung sollte sich davor hüten, Weichen in eine Richtung zu stellen, deren Restlaufzeit so kurz ist wie die der Ahlhaus-Regierung.

Schon jetzt ist klar: Auch 2011 wird die GEW viel zu tun bekommen. Wir wünschen Euch ruhige Feiertage und einen guten Rutsch in das nächste Jahr.

Klaus Bullan, Sigrid Strauß, Jens Kastner

GEW

Informationsdienst für Vertrauensleute
und andere interessierte Mitglieder
Nr. 08/2010 vom 2. Dezember 2010

Behörde legt Änderungsentwurf für Hamburgisches Hochschulgesetz vor

Am 9. November hat die Behörde für Wissenschaft und Forschung den Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Selbstverwaltung und Wettbewerbsfähigkeit der staatlichen Hochschulen vorgelegt. Die meisten der Änderungsvorschläge gehen zurück auf die Empfehlungen einer hierfür eingerichteten Kommission, die im Juli 2010 veröffentlicht wurden. Der Entwurf sieht einige Zugeständnisse an die Selbstverwaltung, wie die Wiedereinführung einer ‚Dritten Ebene', vor und schwächt die Rolle des Hochschulrates, stärkt aber insgesamt die Präsidien und führt über neu einzurichtende Ziel- und Leistungsvereinbarungen zwischen Präsidium und Fakultäten zu einem managerialen ‚durchregieren' von oben nach unten.

Das Gesetz sollte ursprünglich Anfang 2011 von der Bürgerschaft beschlossen werden; der Zeitplan wird sich durch die Neuwahlen verschieben. In Zusammenarbeit mit der Konferenz des akademischen Personals an der Universität Hamburg wird die GEW eine Stellungnahme erarbeiten und in den Novellierungsprozess einbringen. *fd*

Nie wieder LVV!

Bevor jetzt die Aufregung hoch kocht: Ein höchstes Gremium wird es in der GEW Hamburg natürlich auch weiterhin geben. Die LVV am 16. November 2010 hat allerdings nach langer engagierter Diskussion und mit großer Mehrheit einige Satzungsänderungen beschlossen.
Wichtigste Änderung ist: In Zukunft werden am höchsten Gremium der GEW Hamburg nicht nur die Delegierten der Betriebsgruppen, sondern auch die gewählten Vertrauensleute aus Schulen, Kitas, Hochschule und allen anderen Bildungseinrichtungen teilnehmen. Dieses neue Gremium heißt ab jetzt Hamburger Gewerkschaftstag und tagt zum ersten Mal am 10. Mai 2011. Durch diese Veränderung will die GEW mehr Basisbeteiligung erreichen. Zu den Details werden Vertrauensleute und Delegierte Anfang 2011 informiert. Auch einige organisatorische Veränderungen sind geplant um das höchste Gremium der GEW Hamburg beteiligungsfreundlicher, besser und effektiver zu machen.

Die neue Satzung kann bei der Geschäftsstelle angefordert werden und findet sich auch auf unserer Homepage. *dm*

Vom 22.12.2010 bis 3.1.2011 bleibt die Geschäftsstelle geschlossen.

Informationsdienst für Vertrauensleute
und andere interessierte Mitglieder
Nr. 8/2010 vom 2. Dezember 2010

Die GEW bedankt sich bei ihren Schulpersonalräten mit einer Einladung am 30.11.2010 . Es kamen 250 Personalräte in den Kleinen Saal des Curiohauses und verfolgten bei Essen und Trinken das Programm.

Vier Jahre erfolgreiche Personalratsarbeit:
Neuwahlen vor der Tür

Die GEW hatte am 30. November ihre Schulpersonalräte und den Gesamtpersonalrat eingeladen, um sich für die tolle Arbeit in den vergangenen vier Jahren zu bedanken – und rund 250 GewerkschafterInnen kamen ins Curiohaus. Dort ließ die GEW Revue passieren, was bis dahin erstritten werden konnte - unter welchen Bedingungen, mit welchen Einschränkungen und mit welchem Spaß.
Ausgangspunkt der neu erprobten Personalratsstruktur war die Einführung der selbstverantworteten Schule in Hamburg. Den neuen Dienststellenleitern der über vierhundert Hamburger Schulen steht seitdem jeweils ein Schulpersonalrat entsprechend der Größe der Schule gegenüber. Darüberstehendes Gremium ist der Gesamtpersonalrat, der schulübergreifend arbeitet. Die CDU mit der damaligen Senatorin Dinges-Dierig hatte sich darunter eine zahnlose Mitbestimmung vorgestellt, bei der die Schulpersonalräte ehrenamtlich tätig sein sollten - ein erweiterter Vertrauensausschuss. Dass dies letztlich nicht so gekommen ist, ist der GEW und ihren an den Schulen tätigen Mitgliedern zu verdanken. Sie haben sich für die Kollegien nach ihren im Rahmen des Personalvertretungsgesetzes gegebenen Möglichkeiten stark gemacht. Gleichzeitig mussten sie gegenüber einer nicht geringen Zahl von Schulleitungen die Rechte von Schulpersonalräten erst buchstabieren und sie tun es auch heute noch. Der Gesamtpersonalrat hat in der Behörde für die KollegInnen und Schulpersonalräte viele Steine weggeräumt, um erfolgreiche Arbeit zu ermöglichen.
Nun läuft der Wahlkampf an den Schulen, Personalversammlungen werden abgehalten, Wählerlisten sind aufgestellt und wir wünschen den neuen Kandidatinnen und Kandidaten der GEW ein sehr gutes Wahlergebnis und einen guten Start beim Beginn der zweiten Runde Schulpersonalräte und Gesamtpersonalrat an Hamburgs Schulen: damit Mitbestimmung weiterhin ein Gesicht hat. *sst*

Impressum:
Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg. Tel. 040 - 4146 33-0 Fax 040- 44 08 77
www.gew-hamburg.de eMail info@gew-hamburg.de
Texte: Klaus Bullan (kb / auch ViSdP), Fredrik Dehnerdt (fd), Sigrid Strauss (sst)., Dirk Mescher (dm). Redaktion: Tina Fritsche (tf). Fotos: Sigrid Strauß, Stefan Gierlich, Dirk Mescher. Gestaltung, Layout sowie Produktion: Katrin Kirchhoff.

Informationsdienst für Vertrauensleute
und andere interessierte Mitglieder
Nr. 08/2010 vom 2. Dezember 2010

Hände weg vom Weihnachtsgeld!

Lautstarke Großdemonstration gegen Einkommenskürzung bei BeamtInnen

Am 25.11. demonstrierten in der Hamburger Innenstadt nach offiziellen Angaben 7.000 Beamtinnen und Beamte (darunter 3.000 Lehrkräfte!) aus Polizei, Feuerwehr, Behörden und Schulen gegen die Pläne des Senats, ab 2011 das sogenannte Weihnachtsgeld zu streichen bzw. zu kürzen. Die Gewerkschaften des gesamten öffentlichen Dienstes kündigten eine Verschärfung der Proteste an, sollte der Senat seine Pläne nicht zurücknehmen.
Die Entschlossenheit und die Beteiligung unserer KollegInnen waren überwältigend!
Mit dem Rückzug der GAL aus der Regierung, der fehlenden Mehrheit des Senats in der Bürgerschaft und den angekündigten Neuwahlen sind auch die Sparbeschlüsse des Senats zunächst hinfällig. Die Gefahr ist aber keineswegs gebannt. Deshalb kommt es für uns darauf an, im Wahlkampf klare Aussagen aller Parteien einzufordern, dass es keine Einkommenskürzungen gibt. Wir werden deutlich machen: Die GEW–KollegInnen wählen keine Partei, die unsere Einkommen kürzt!
In diesem Zusammenhang erwarten wir vom Spitzenkandidaten der SPD, Olaf Scholz, zur Weihnachtsgeldstreichung ein ebenso klares Wort, wie er es zur Gebührenerhöhung bei den Kitas gegeben hat. *kb*

GEW Tagung „Inklusion“

Alle sind verschieden, alle gehören dazu

Ist Inklusion denn was anderes als Integration? Jedes vierte GEW-Mitglied weiß nichts mit dem Begriff Inklusion anzufangen oder hält es gar für ein untaugliches Modewort – dies fand eine Befragung der Bildungsgewerkschaft unter 2350 Mitgliedern heraus. Die Bundes-GEW lud deshalb am letzten November-Wochenende ExpertInnen und interessierte GewerkschafterInnen zur Tagung nach Hamburg, um über die Umsetzung der UN-Behindertenkonvention in den Schulen und Köpfen der Menschen zu beraten. Rund 180 pädagogische Fachleute aus Wissenschaft und Praxis diskutierten im Curiohaus zwei Tage lang über rechtsphilosophische und politisch-rechtliche Dimensionen, über Barrierefreiheit, den Index für Inklusion, Mehrsprachigkeit und Strukturfragen, über den Übergang in den Beruf und Gemeinwesenarbeit, über Lehrkräfte mit Behinderungen, Professionalität und Berufsethos, über einfache Sprache und Didaktik, über Ausbildung für Inklusion und Rahmenbedingungen für inkludierende Arbeit in Bildungseinrichtungen. Die GEW, so stellte Marianne Demmer klar, legt Wert auf ein umfassendes Verständnis von Inklusion: „Unser Verständnis von Inklusion bezieht sich auf alle Gruppen, die von Stigmatisierung, Aussonderung oder Marginalisierung betroffen und bedroht sind. Dabei geht es also,“ so die stellvertretende Vorsitzende der GEW, „nicht nur um Menschen mit Behinderungen, sondern auch um solche mit ausländischen Wurzeln und solche, die in Armut leben müssen.“ Spätestens jetzt wird klar, dass Inklusion etwas anderes meint als Integration: „Nur wer als nicht richtig dazugehörig angesehen wird, muss integriert werden“, so Demmer. „Bei Inklusion aber entfällt die Orientierung am vermeintlich Normalen. Hier gilt: Alle sind verschieden, alle sind gleich.“ *tf*